

# sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/153

11. August 1972

Ein Grusical der CDU

---

Drogenmißbrauch geht zurück - Polemik mit  
falschen Zahlen

Von Heinz Wesuphal MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-  
ministerium für Jugend, Familie und Gesund-  
heit

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Umweltpolitik duldet keinen Nebel

---

Das Recht auf menschenwürdige Umwelt bedarf  
der grundgesetzlichen Verankerung

Von Willi Müller (Mülheim) MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Umwel-  
fragen

Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Olympia in Dackau

---

Jesse Owens, der schwarze Sieger von Berlin,  
dieses Mal unter den Zuschauern

Seite 5 und 6 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-18  
Postfach: 120 408  
Pressnhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 886 846 / 886 847/  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein Grusical der CDU  
-----

Drogenmißbrauch geht zurück - Polemik mit falschen Zahlen

Von Heinz Westphal MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium  
für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Sommerpause, für Journalisten eine "Saure-Gurken-Zeit", hat ihre eigenen Gesetze. Einige suchen dann Nachrichten, die dem Muster entsprechen: "Mann beißt Hund, Hund schwer verletzt". Eingeweihte überrascht es nicht, wenn gerade in der freundlichen Ferienzeit sich auch die Katastrophen und Skandalmeldungen in den Zeitungen zu häufen scheinen. In einer Sonntagszeitung fand sich Anfang August so ein Grusical unter der fetten Überschrift "60.000 Frührentner durch Rauschgift". Diese Zahl ist falsch, aber sie geistert seit Monaten durch die Zeitungen. Mit ihr kann man den Eindruck erwecken, als würde nichts getan gegen den Drogenmißbrauch, oder es sei alles falsch und erfolglos gewesen.

Im vorigen Sommer hatte niemand ausgerechnet, wenn die 1969/70 festzustellende Entwicklung der Drogengefährdung so weiterginge und nicht gebremst werden könnte, dann sei in absehbarer Zeit mit 60.000 drogenabhängigen Jugendlichen zu rechnen, die versorgt und behandelt werden müssen. Da das "Wenn" von 1970 nicht eingetroffen ist, stimmt die ganze, sowieso problematische Rechnung nicht. Denn inzwischen ist einiges getan worden und, wie sich belegen läßt, durchaus mit Erfolg. Die großen Aufklärungsaktionen des Bundes und der Länder laufen. Bestimmte gesellschaftskritische Gruppen haben ihre Empfehlung geändert. Sie sagen jetzt Nein zu Haschisch und LSD, während sie früher glaubten, damit die Gesellschaft ändern zu können. Heute haben wir eine günstigere Situation, obwohl das Kernproblem noch nicht gelöst ist und deshalb auch keine Entwarnung gegeben werden kann.

Noch im Vorjahr mußten wir davon ausgehen, daß 30 bis 40 vH der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren "Drogenerfahrung" haben. Jetzt konnte ermittelt werden, daß diese Zahlen wesentlich zurück-

gegangen sind. In einer für Dortmund repräsentativen Erhebung wurde festgestellt, daß noch 17 vH. der Jugendlichen einmal mit Drogen experimentiert haben. Was aber lesen wir in einer Zeitung vom 31. Juli 1972 dazu unter einer sechsspaltigen Überschrift? "Bereits jeder sechste Dortmunder Schüler 'hascht'". Es heißt nicht, nur noch jeder sechste probiert einmal Haschisch, wo es doch vor dem jeder dritte tat, nein, es heißt: Bereits jeder sechste hascht. Aber wie gesagt, Mann beißt Hund.....

Nun hat auch die CDU in Nordrhein-Westfalen dieses Thema entdeckt. Am 2. August 1972 konnte man lesen: "Im vergangenen Jahr waren 87 jugendliche Drogenkonsumenten in Nordrhein-Westfalen gestorben". Es ist eine jener irreführenden Formulierungen, die in einem Grusical nicht fehlen dürfen. Am nächsten Tag wurde mit einer Fünf-Zeilen-Meldung, die unter einer Kaffeezeile plackert war, dementiert. Es seien nicht 87, sondern nur 19 gewesen. In Wirklichkeit waren es sogar nur acht. Welche Zahl aber wird haften bleiben, die der 87 aus dem großangelegten Artikel oder jene der 19 aus der kleinen Meldung? Damit wir uns nicht falsch verstehen: Jeder Einzelfall ist schlimm und zuviel! Aber diese Dramatisierung hilft doch nicht. Sie treibt leider eher die dringend erforderlichen Helfer und Mitarbeiter zur Resignation, weil sie fälschlich annehmen, nicht erfolgreich zu sein.

Veranlaßt durch diese "konzertierte Schwarzmalerei" mußten Bundes- und Landesregierung ihrerseits den wirklichen Sachverhalt darstellen. Das wurde mit der gebotenen Sachlichkeit getan und vielleicht deshalb nur zu Kurzmeldungen. Warum ist es nur so schwer, einem Sachverhalt genügend Raum und Aufmerksamkeit zu geben, der eine, wenn auch nicht gerade sensationelle, so doch erfreuliche Besserung anzeigt? Wenn ein Amerikaner um zwei Zehntel Sekunden schneller schwimmt, als alle vor ihm, kann man es in jeder Zeitung lesen, denn es ist Weltrekord. Wiegt es aber weniger schwer, wenn immer mehr Jugendliche Drogen ablehnen und Polizei und Zoll größere Erfolge bei der Bekämpfung des Rauschgifthandels erreichen konnten? Die "Rauschgiftepidemie" wie es nun im Grusical heißt, ist zum Stillstand gekommen und in Einzelbeispielen deutlich rückläufig. Der Rest ist schlimm genug und verlangt weiter unser aller Anstrengungen, nicht aber Polemik mit falschen Zahlen!

(-/ex/11.8.1972/ks)

+ + +

## Umweltpolitik quidet keinen Nebel

---

Das Recht auf menschenwürdige Umwelt bedarf  
der grundgesetzlichen Verankerung

Von Willi Müller (Mülheim) MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Umweltfragen

Drei Jahre sozialdemokratisch geführte Bundesregierung haben bewiesen, daß der Umweltschutz zum erstenmal in der Bundesrepublik Deutschland das ihm zukommende Gewicht erhalten hat. Das Fluglärngesetz, das Benzinbleigesetz, das Abfallbeseitigungsgesetz, das DDT-Gesetz sind in Kraft getreten. Der Bund hat durch Grundgesetzänderung die Vollkompetenz für den Immissionsschutz (Luftverunreinigungen und Lärm) und die Abfallbeseitigung erhalten. Entscheidende organisatorische Vorbereitungen sind getroffen, damit mit dem Bundesamt für Umweltschutz und den Bundesanstalten für Immissionsschutz und Abfallwirtschaft wichtige nachgeordnete Behörden in den Kampf um eine Verbesserung der Umwelt eintreten können.

Weitere konkrete Gesetzentwürfe wie das Bundesimmissionsschutzgesetz, die Novellen zum Wasserhaushaltsgesetz, der Entwurf eines Gesetzes über Umweltstatistik und eines Gesetzes über Landschaftspflege und Naturschutz liegen für jedermann sichtbar vor. Darüber hinaus ist in dem Umweltprogramm der Bundesregierung bereits langfristig ein Rahmen für eine Umweltpolitik abgesteckt worden.

Auf diesen Grundlagen läßt sich gut aufbauen. Die SPD wird dafür sorgen, daß die vorliegenden Gesetzentwürfe unverzüglich nach Zusammentritt des siebenten Bundestages erneut eingebracht werden. Sie wird weiter die Vollkompetenz des Bundes für den Wasserhaushalt und die Landschaftspflege und den Naturschutz fordern, die bisher an der hinhaltenden Haltung der Bayern im Bundesrat gescheitert sind. Die damit vorgezeichnete Linie muß jedoch durch einige Punkte ergänzt werden. Die SPD muß das

Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Umweltschutz ansprechen. Das heißt Stabilität und Umweltschutz und Vollbeschäftigung und Wachstum müssen in Einklang gebracht werden. Wachstum sollte nur in den Bereichen erzielt werden, die unsere Umwelt gar nicht oder nur geringfügig belasten. Dazu gehört auch, daß das Verursacherprinzip deutlicher herausgearbeitet wird, um die Wirtschaft zu zwingen, Fragen des Umweltschutzes bei ihren Produktions- und Investitionsentscheidungen stärker zu berücksichtigen.

Wir müssen auch der Bereitschaft des Bürgers zur Mithilfe im Umweltschutz stärker entgegenkommen. Die Erweiterung des Grundrechtskatalogs um ein Recht auf menschenwürdige Umwelt, das nicht nur die jeweilige Regierung sondern die Verwaltung allgemein zur Beachtung des Umweltschutzes zwingt, wäre für den Bürger der richtige Ausdruck der Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen. Im Rahmen dieser Rechtersweiterung sollte auch die Stellung anerkannter Organisationen des Natur- und Landschaftsschutzes gestärkt werden, die über die Möglichkeit der Verbandsklage gegen Entscheidungen der Verwaltung, Mitverantwortung übernehmen können, ohne daß es zu einem die Planung behindernden bloßen Querulantentum kommt.

Zu der Forderung, die Mitverantwortung und Mitentscheidung der Bürger zu aktivieren, gehört auch die Forderung nach einer ständigen Umweltkonferenz, in der die Betroffenen, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verbraucher, Wissenschaft und Verwaltung und die sich organisierenden Bürger mitarbeiten können.

Das, was wir in der Bundesrepublik unter Mithilfe weiter Teile der Bevölkerung im Umweltschutz zu erreichen hoffen, muß aber auch in die Politik der EWG, die der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen einfließen, damit nicht Bemühungen einzelner Staaten durch Versäumnisse in anderen Teilen der Welt wieder zunichte gemacht werden.

Der Umweltschutz hat in den drei Jahren Zustimmung bei allen Parteien gefunden. Allerdings hat die Haltung der CSU in der lebenswichtigen Frage der Wasserreinhaltung und des Naturschutzes und der Landschaftspflege gezeigt, daß in der Opposition starke Kräfte vorhanden sind, die zu einer anderen Bewertung des Umweltschutzes kommen. Sie würden ganz sicher durch eine Veränderung der parlamentarischen Verhältnisse in Bonn gestärkt. Auch das muß der Bürger, der mit seiner Wahlentscheidung auch besseren Umweltschutz will, wissen. Die SPD hat konkrete Vorschläge gemacht, die insgesamt ein für den Wähler überprüfbares Programm abgeben. Die CDU/CSU hat dagegen durch ihren bayrischen Bestandteil lediglich für die Landschaftspflege und den Naturschutz einen Gesetzentwurf vorgelegt, der als Rahmengesetz konzipiert dem Bund nichts gibt. Ansonsten werden wir und die Wähler wohl weiter warten müssen.

(-/ex/ 11.8.1972, ks.

+ + +

Olympia in Dachau  
-----

Jesse Owens, der schwarze Sieger von Berlin, dieses  
Mal unter den Zuschauern

"Das Leid ruft die Jugend der Welt zum Engagement". Unter diesem Leitspruch wird am 25. August, einen Tag also vor Eröffnung der XX. Olympischen Spiele in München, eine Gedenk- stunde vor dem Ehrenmal des ehemaligen KZ's Dachau stattfinden, veranstaltet von der Katholischen- und der Evangelischen Kirche in Bayern und der Israelischen Kultusgemeinde. Der Pole Adam Nozlowiecki, ehemals Häftling in Dachau, jetzt Erzbischof von Sambia, wird über das Leid der Gegenwart sprechen. Alle Zuhörer werden im Zeitalter der Apartheid dabei an den Rassismus der Hitlerzeit denken müssen.

Einen Tag später wird Jesse Owens, 1936 in Berlin der schwarze Sprinter-Sieger aus den USA, auf den Zuschauertribünen die Sport- kämpfe der Jugend der Welt von 1972 verfolgen. OK-Präsident Willi Daume hat zwölf große Olympia-Sieger der Vergangenheit eingeladen, 1972 Gast des Organisations-Komitees zu sein. Jesse Owens hat zu- gesagt, auch der koreanische Marathonsieger von 1936, Sin Ki Chung, der zweimalige Marathonsieger Abebe Bikila aus Äthiopien u.a.

"Als ich vorbeikam, stand er auf und winkte mir zu. Ich winkte zurück", berichtete Jesse Owens einmal über eine Begegnung mit Hitler im Berliner Olympia-Stadion im Jahre 1936. Der Wirkung der Persönlichkeit Owens vermochte sich der vom Rassenwahn ge- triebene Diktator nicht zu entziehen. In Wirklichkeit aber ver- achtete Hitler "die Neger" als Primitive und beschimpfte die Amerikaner, "weil sie ihre Goldmedaillen durch Neger gewinnen lassen".

Da hatte er mit den Juden im eigenen Land schon im Jahre der "Nacht der Greifung" auf ganz andere Weise reinen Tisch gemacht. Noch 1933 mußten alle Juden aus Sportvereinen und -verbänden ausge- schlossen werden. Etwa 40.000 Juden trieben zur Zeit von Hitlers Machtübernahme in Deutschland Sport, teilweise in eigenen Vereinen, sonst aber in Jedermann-Vereinen. Einige prominente, jüdische Sportler wie Alex Nater, Mitinhaber des 4 x 100-m-Staffel-Welt- rekordes und Daniel Prenn aus der deutschen Davis-Cup-Equipe, gingen ins Ausland. Der Eishockey-Nationalspieler Rudi Ball wanderte nach Paris aus. Fritz Rosenfelder aus Stuttgart-Bad Canstatt wurde aus dem Club ausgestoßen, den er selbst gegründet und jahrelang geleitet hatte. Rosenfelder beging Selbstmord. Der Fecht-Club

Offenbach disqualifizierte später sogar sein erfolgreichstes Mitglied, die blauäugige Blondine mit den langen Zöpfen, Helene Mayer, 1936 Olympia-Siegerin, die eine Silbermedaille holte. Zur Olympiade wurde die Jüdin Helene Mayer vom Reichssportführer von Tschammer und Osten zur Arierin erklärt.

Vor den 1936er Spielen in Berlin riefen Gruppen in den USA zum Boykott der Olympischen Spiele im Lande der Nürnberger Rassengesetze auf. Das IOC forderte die Reichsregierung wiederholt auf, die anti-rassistischen Olympia-Regeln einzuhalten. Vorübergehend gaben die damaligen Machthaber einige Millimeter nach: ausländische Juden sollten ungehindert in Deutschland einreisen, deutsche Juden sich für die Olympia-Mannschaft qualifizieren dürfen. 21 jüdische Sportler rückten in die Trainingslager der Deutschen ein, eine wirkliche Chance erhielten sie nicht. Die hochbegabte Grete Bergmann, Hochspringerin, wurde trotz olympiareifer Leistung nicht berücksichtigt. Um den Boykott Rufem im Ausland sand in die Augen zu streuen, wurde Rudi Ball aus Paris in die deutsche Eishockey-Mannschaft zurückgeholt.

All dies erfahren wir in diesen Vor-Olympia-Wochen nicht etwa aus einer bundesdeutschen Veröffentlichung - selbst bei der Friedrich-Ebert-Stiftung versuchten wir vergeblich Unterlagen über die Schicksale prominenter jüdischer und antifaschistischer Sportler der Nazizeit zu finden - sondern Einzelheiten sind in der Untersuchung des amerikanischen Autors Richard D. Mandell in "The Nazi Olympics" zu finden. (Beschrieben in "Zwischenrufe", zur Rehrseite der Medaille, 1972 in Jugenddienst-Verlag Muppertal; herausgegeben im Auftrag des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland).

Nun hören wir wenigstens von Daumes Einladung an Olympia-Sieger der Vergangenheit, darunter Farbige wie Jesse Owens, der in den USA zunächst nach seinen großen Siegen keinen anderen Job als den eines Platzwirts fand, jetzt allerdings erfolgreich im Fernsehen und der Werbebranche ist. Von einem Gedenken an prominente Sportler jüdischer Abkunft, an Helene Mayer oder Rudi Ball oder Daniel Prenn hörten wir bisher nichts. Helene Mayer erfocht ihre Silbermedaille hinter der ungarischen Jüdin Ilona Schacherer-Eck. Auch in besetzten Ungarn jagten während des Krieges die deutschen Häscher nach Juden. Lebt die Goldmedaillen-Siegerin noch? Oder wird auch an sie gedacht werden müssen in der Gedenk-stunde in Dachau am Vortage der Eröffnung der XX. Olympischen Spiele? "Das Leid ruft die Jugend der Welt zum Engagement".

Heinz Ockhardt  
(-/ex/11.8.1972/ks)